

„Diplomatie der schwierigsten Art“

Der frühere Freiburger SPD-Bundestagsabgeordnete Gernot Erler ist Mitautor jenes Manifests, das eine andere Sicherheitspolitik fordert. Ein Interview über Entspannungspolitik in Zeiten des Krieges.

Herr Erler, Sie haben das in der SPD kursierende Positionspapier „Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung“ unterzeichnet, das für erheblichen Wirbel sorgt. Warum?

Ich bin Erstunterzeichner, weil ich dem Erhard-Eppler-Kreis Frieden 2.0 angehöre und dort einer der beiden Sprecher neben Ralf Stegner bin. Insofern war ich an der Formulierung des Textes beteiligt. Wir haben vor allem in dieser Gruppe gearbeitet, aber auch mit anderen Friedensgruppen in der SPD oder solchen, die ihr nahestehen.

Warum melden Sie sich jetzt zu Wort?

Ich befürchte, dass wir uns auf einer Einbahnstraße in einen großen Krieg befinden und dass die Lage immer dramatischer wird. Die Forderung nach Kriegstüchtigkeit versperrt meines Erachtens den Weg zur Friedensfähigkeit, die in einer immer bellizistischer werdenden Welt überlebenswichtig wird. Und ich beklage eine Aufrüstung nie gesehener Größenordnung, die auf Beliebigkeit beruht. Jetzt ist im Gespräch, beim Verteidigungshaushalt von aktuell 53 Milliarden Euro, etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, auf über 200 Milliarden Euro pro Jahr zu gehen, fünf Prozent. Warum nicht vier, sechs oder zehn Prozent? Diese Kostenexplosion für Rüstung und Militär bedeutet, dass das Geld für andere globale Aufgaben wie Klimakrise, Beseitigung von Hunger und Armut, Entwicklungshilfe für arme Staaten nicht mehr vorhanden ist.

Wie lautet Ihre Alternative?

Dass man nach dem Schweigen der Waffen in der Ukraine wieder ins Gespräch mit Russland kommen soll, um über eine von allen getragene und von allen respektierte Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa zu reden. Hier sollte man an die guten Traditionen der Friedenspolitik in der SPD anknüpfen. Ich denke etwa an die Verpflichtungen in der Schlussakte von Helsinki von 1975, mit den Forderungen nach einer friedlichen Konfliktlösung, dem Verzicht auf militärische Angriffe oder die Infragestellung der Grenzen. Das steht da alles drin. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht. Ich plädiere schon länger für ein sogenanntes Helsinki II. Das ist die Richtung, in die meines Erachtens eine Friedenssicherung in Europa gehen soll.

Sie sagen: nach dem Schweigen der Waffen. Wie kommt man zu einem Schweigen der Waffen?

Es ist ja schon ein Gesprächsprozess im Gange. Man darf nicht unterschätzen, welche Bedeutung etwa die Freilassung von Kriegsgefangenen hat, die jetzt zu ihren Familien zurückkönnen. Das ermutigt mich zu sagen, es muss doch möglich sein, auf dieser Basis Anstöße zu geben, dass auch auf der politischen Führungsebene die Bereitschaft zum Verhandeln kommt.

Die Ukraine ist bereit zu einer bedingungslosen Waffenruhe. Putin nicht. Wie bringt man ihn dazu?

Indem man den diplomatischen Druck versucht zu erhöhen und auch auf die ukrainische Seite einwirkt. Dass man weg von dieser Situation kommt, dass praktisch beide Seiten Maximalforderungen auf den Tisch legen und nicht bereit sind, etwas daran zu ändern. Hier ist Diplomatie der schwierigsten Art notwendig. Das steht auch in dem Text, dass das ein ganz schwieriges Kapitel ist bei dem Versuch, zu Friedensverhandlungen zu kommen.

Soll man die Ukraine bis dahin weiter militärisch unterstützen?
Das muss weitergehen. Sonst wird der



„Ich befürchte, dass wir uns auf einer Einbahnstraße in einen großen Krieg befinden“, sagt Gernot Erler.

Anreiz für die russische Seite, andere Wege als den Krieg zu wählen, ja geringer. Das steckt in unserem Satz vom Schweigen der Waffen als Voraussetzung für Gespräche drin.

Kritiker wenden ein, dass das Papier sich stark an der Entspannungspolitik früherer Jahre orientiert, die Zeiten sich aber geändert hätten. Russland hält sich ja nicht an die Helsinki-Prinzipien. Statt Grenzen zu akzeptieren, verschiebt es sie gewaltsam.

Ja, die Zeiten haben sich geändert. Aber diese Prinzipien, die auch die Unterschriften der Sowjetunion und später von Russland tragen, sind eigentlich alternativlos. Putin hält sich nicht daran, aber der Westen hat sich auch nicht immer an diese Prinzipien gehalten. Ob das der Kosovo-Krieg ist, der Irak-Krieg oder andere Aktionen, die diesen friedenspolitischen Verpflichtungen nicht entsprechen.

Ist Entspannungspolitik mit Putin realistisch?

Leider gibt es eine Monopolstellung des Präsidenten in Russland, die verhindert, dass andere Stimmen dort hörbar sind. Aber das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Es braucht einen Prozess, der außerordentlich schwierig wird. Ich finde sehr realistisch, was dazu in unserem Papier steht. Wie realistisch ist denn – und zu was führt eigentlich – dieses ständige Gerede von einem Krieg, der bevorsteht, auf den man sich mit Russland vorbereiten muss?

Ein solches Szenario, das der scheidende BND-Chef Bruno Kahl jüngst erwähnt hat, ist ein provokierter Zwischenfall mit der russischstämmigen Bevölkerung im Baltikum als Vorwand für einen russischen Militäreinsatz dort. Dann ist die Frage, wie die Nato reagiert. Anders als im Kalten Krieg glauben viele nicht mehr daran, dass das Beistandsversprechen eingelöst wird. Möglicherweise glaubt man das auch im Kreml nicht mehr.

Die Ansage muss ganz klar sein, dass der Artikel 5 im Nato-Vertrag gilt. Das bedeutet, dass die Schutzverpflichtung in jedem Fall eines Angriffs oder einer Zersetzungsbemühung oder ähnlichen feindseligen Akten gegen diese Staaten gilt. Und es muss glaubwürdig gemacht werden, dass das gilt.

Genau das ist doch der Punkt: dass man es beim Präsidenten der USA heute eben nicht weiß. Und dass die Europäer die Staaten im Osten allein nicht schützen können, wenn sie sich nicht militärisch ertüchtigen.

Deshalb steht das Wort Verteidigungsfähigkeit im positiven Sinne in der Überschrift unseres Papiers. Es ist durchaus sinnvoll, diese Verteidigungsfähigkeit, die im Augenblick möglicherweise eingeschränkt ist, zu erreichen. Aber es gibt Beispiele, etwa 1962 die Kuba-Krise, als es gelungen ist, durch Verhandlungen die Vernunft durchzusetzen. Deshalb brauchen wir eine Verknüpfung von Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und eben politischen Verständigungsversuchen.

Kritiker sagen, die Verteidigungsfähigkeit müsse zuerst kommen, um im Kreml überhaupt ernst genommen zu werden.

Ich finde diese Argumente teilweise absurd. Wer weiß denn, ab wann der Kreml plötzlich realistisch wird, und bis wann er das nicht tut? Es ist doch absurd, wenn der Vorsitzende des Reservistenverbandes sagt, wir brauchen 350.000 aktive Soldaten und eine Million Reservisten, denn wir gehen davon aus, dass in einem Krieg mit Russland täglich 5000 Tote zu beklagen sind. Deswegen müssen wir die Wehrpflicht einführen. Wird Ihnen nicht auch ein bisschen mulmig, wenn Sie solche Dinge hören?

Der Chef des Reservistenverbandes würde vermutlich antworten, dass es auch in den Entspannungsjahren eine Wehrpflicht gab und man sich auf Krieg vorbereiten müsse, um ihn zu verhindern – durch glaubhafte Abschreckung.

Zum Stichwort Abschreckung: Es gibt eine Vereinbarung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten über die Stationierung von neuen nuklearen Mittelstreckenraketen ab 2026 in Deutschland. Und zwar nur in Deutschland. In keinem anderen europäischen Land ist das vereinbart worden oder soll das vereinbart werden. Ich kann das überhaupt nicht verstehen, weil ich glaube, dass Abschreckung hier irreführend ist. Was ist denn die logische Folge einer solchen Stationierung? Russlands Antwort muss sein, als Erstes diese Systeme, die di-

rekt Moskau bedrohen, auszuschalten. Wir werden dadurch zu einem Angriffsziel der ersten Stunde gemacht, wie wir das in dem Papier nennen.

Im Moment fühlen sich neben Ukrainern die Balten und Polen als Angriffsziel der ersten Stunde. Wenn Deutschland mit Putin wieder Entspannungspolitik macht, wie wollen Sie die mitnehmen? Oder ist das dann ein deutscher Sonderweg?

Nein, auf keinen Fall ein Sonderweg. Da ist die Bundesregierung ja tätig geworden mit der deutschen Truppenpräsenz in Litauen. Das unterstreicht, dass im Falle einer Gefährdung oder sogar eines Angriffs die Nato-Garantien gelten. Das hat Deutschland mehr als deutlich gemacht.

Wir stehen kurz vor dem SPD-Bundesparteitag und einem Nato-Gipfel, auf dem weitreichende Beschlüsse geplant sind. Was wollen Sie mit dem Papier erreichen?

Vieles wurde wie der Mittelstreckenraketen-Beschluss im Schnellverfahren durchgepeitscht. Wenn man das vergleicht mit der intensiven Nachrüstungsdebatte der 80er Jahre, dann ist das völlig unbegreiflich und eine schlimme Auslegung der Zeitenwende. Wir fordern, dass diese Fragen noch einmal kritisch untersucht werden. Wir wollen, dass die Friedenspartei SPD es sich nicht so leicht macht mit diesem Bellizismus, der um sich greift. An den vielen Reaktionen, die mich erreicht haben, sehe ich, dass es eine gewisse Befriedigung darüber gibt, dass diese friedenspolitischen Stimmen in der SPD noch existieren.

Interview von Dietmar Ostermann